

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern

Dazu sagt die Vorsitzende und religionspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 311.18 / 05.09.2018

Ohne Freiwilligendienste geht nichts

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

von der Freiwilligen Feuerwehr bis hin zu den Grünen Damen im Krankenhaus: Wenn das Ehrenamt nicht will, stehen viele Räder still. Während meiner Besuche und Touren komme ich in den unterschiedlichsten Bereichen mit zahlreichen Ehrenamtlichen ins Gespräch. Das, was alle von ihnen in erster Linie wollen, ist die Möglichkeit ihr Ehrenamt ungestört von Bürokratie wahrzunehmen.

Hier geht es dann zum Beispiel darum, aus Beruf und Arbeit für wichtige Termine freigestellt zu werden. Es geht – vor allem bei den Rettungsdiensten, aber auch sonst – um eine gute technische Ausstattung. Und es besteht der Wunsch, dass die Behörden die ehrenamtliche Arbeit wertschätzen sollten, statt sie – was leider nicht selten vorkommt – als lästig anzusehen. Anerkennung und Lob sind wichtig, auch wenn viele Menschen das für überflüssig halten, wenn es sie selbst betrifft.

In letzter Zeit ist auch wieder die Debatte um einen verpflichtenden einjährigen Freiwilligendienst aufgeflammt. Das verpflichtende Jahr war jedoch an den Wehrdienst gekoppelt, was heute aus verschiedenen Gründen unsinnig wäre. Und letzten Endes zeigt ja schon die Kombination der Begriffe „verpflichtend“ und „Freiwilligendienst“, wie widersprüchlich ein verpflichtendes Freiwilligenjahr wäre.

Extrem wichtig ist jedoch, dass jedem und jeder ein freiwilliges Jahr ermöglicht wird. Solange es mehr Interessierte gibt als Plätze, sollte erst einmal diese Baustelle bearbeitet werden. Sonst ginge es uns wie mit der Forderung nach verpflichtenden Sprachkursen. Wir fordern etwas ein ohne ein ausreichendes Angebot zu machen. Statt Freiwilligendienst zur Pflicht zu machen, ist es gut, dass wir immer wieder versuchen, Anreize zu finden.

Deshalb ist es gut, dass der SSW die Debatte wieder aufgemacht hat. Danke dafür.

Ein paar Punkte zu Ihrem Antrag sagen, liebe Abgeordnete des SSW:

In dem Antrag geht es um eine höhere Vergütung. Das ist zwar bei einem Freiwilligen-dienst nicht der richtige Begriff, denn es geht ja gerade nicht um eine erwerbsmäßige Tätigkeit. Aber tatsächlich sollten wir überprüfen, ob die geringe materielle Anerkennung ein Grund ist, warum wir aus manchen Gruppen der Gesellschaft deutlich weniger Interessierte haben.

Wichtiger erscheint mir jedoch zurzeit die Zahl der landesgeförderten Plätze weiter zu erhöhen und zu prüfen, ob die Pauschalen noch angemessen sind. Die Träger des FÖJ haben sich zu der Frage schon an uns gewandt.

Die diversen Ermäßigungen, welche Sie im vorliegenden Antrag fordern, klingen natürlich erstmal richtig klasse. Allerdings liegt die Entscheidung über diese nicht immer in der Hand des Landes, sondern bei den Kommunen und anderen Anbietern.

Ich bin nicht sicher, ob wir wirklich eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung der Bekanntheit benötigen. Die bereits erwähnte Tatsache, dass es mehr Interessierte als Plätze gibt, spricht für sich. Wenn, dann sollte gezielt versucht werden, die Dienste für junge Menschen aus einkommensschwachen Elternhäusern attraktiver zu machen und sie für Migrant*innen zu öffnen. Das gelingt aber meines Erachtens nach besser durch Erfahrung als durch Öffentlichkeitsarbeit.

Deshalb würde ich gerne den Gedanken der Gemeinwohlarbeit noch mehr in den Schulalltag einspeisen. Der soziale Tag ist da schon ein guter Anfang. In Kanada wird Gemeinwohlarbeit an manchen Schulen gefordert, um den Highschool-Abschluss zu erreichen. Auf diese Weise wird das Ehrenamt Teil der Bildung.

Eine einheitliche Anerkennungspraxis der Dienste durch die Universitäten sollten wir im Zuge der Ziel- und Leistungsvereinbarungen auf die Agenda setzen. Es ist doch nicht fair, dass jemand mit einem FSJ gegenüber der Mitschülerin mit der besseren Note benachteiligt ist, wenn es zum Beispiel um einen begehrten Studienplatz im Bereich soziale Arbeit geht.

Zusammengefasst heißt das für mich: Die Arbeit der Freiwilligen ist für uns alle und für die Freiwilligen selber eine große Bereicherung. Wir sollten, wo wir können hier Unterstützung leisten. Wo hat man sonst in der Politik schon einmal eine solche win-win-Situation.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.
